Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/813

16. 09. 87

Sachgebiet 23

Antrag

der Abgeordneten Dr.-Ing. Kansy, Frau Rönsch (Wiesbaden), Dr. Daniels (Bonn), Dörflinger, Niegel, Dr. Friedrich, Geis, Link (Frankfurt), Magin, Dr. Möller, Oswald, Pesch, Ruf, Dr. Schroeder (Freiburg), Seesing, Weiß (Kaiserslautern), Sauer (Stuttgart) und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU
sowie der Abgeordneten Grünbeck, Nolting, Zywietz, Frau Dr. Segall, Dr. Feldmann und der Fraktion der FDP

Probleme hochverdichteter Neubausiedlungen aus den 60er und 70er Jahren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. In der Bundesrepublik Deutschland wurde im Wohnungs- und Städtebau eine einmalige Aufbauleistung erbracht. Seit 1949 wurden fast 18 Millionen Wohnungen neu errichtet; die Wohnungsnot wurde beseitigt. Heute besteht in weiten Teilen der Bundesrepublik Deutschland ein ausreichendes Wohnungsangebot. Die Statistik weist aus, daß die Wohnraumversorgung der privaten Haushalte ein in der deutschen Geschichte bisher nie erreichtes Niveau hat. Diese Aufbauleistung konnte sich nicht ausschließlich in den gewachsenen Städten und Ortschaften vollziehen. Ein erheblicher Teil dieser Wohnungen – mindestens 500 000 Wohneinheiten für ca. 2 Millionen Menschen – wurde in neugeplanten Wohnsiedlungen am Rande von Großstädten errichtet, oft in vielgeschossiger, monotoner Fertigbauweise.

2. Mit diesen Bauvorhaben sollten seinerzeit nicht nur schnell und preisgünstig neue Wohnungen geschaffen werden, sondern es wurden auch häufig neue städtebauliche und architektonische Ziele verfolgt, wie etwa:

   — aufgelockerte Bauweise bei hoher Verdichtung;
   — Schaffung ausreichender, begrünter Abstandsflächen zwischen den Gebäuden;
   — wirtschaftliche Gebäudeformen durch höhere Bebauung;
   — Berücksichtigung der Anforderungen des neuzeitlichen Verkehrs, insbesondere des Automobilverkehrs;
   — Umsetzung von architektonischen Vorstellungen der „Stadt als Gesamtkunstwerk".

3. Nach diesen Vorstellungen entstanden in kurzer Zeit große Wohnbereiche, die in dieser Konzentration in der Bundesrepublik Deutschland zu wenig erprobt waren. Man baute vielfach Hochäuser mit einer neuentwickelten, aber oft empfindlichen technischen Ausstattung, die durch zentrale und großdimensionierte Dienstleistungseinrichtungen versorgt werden sollten. Durch die Entfernungen zu den Arbeitsplätzen wurden diese Großsiedlungen für die Bewohner zu anonymen Schlafstädten. Diese neuen städtebaulichen Formen prägten den Alltag der dort lebenden Menschen.

4. Obwohl dieses städtebauliche Konzept damals nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch im Ausland Anerkennung und Anwendung fand, stellt sich im Rückblick die Frage, ob auch die Interessen der Bewohner ausreichend berücksichtigt wurden.

   Nach heutigen Erkenntnissen muß festgestellt werden, daß vielfach an den Bedürfnissen vorbeigeplant und gebaut wurde:

   — Die städtebauliche und architektonische Gestaltung ist häufig eintönig und abweisend und trägt zur Anonymität in den Siedlungen bei.

   — Hochhäuser werden als Wohnform von den Bewohnern abgelehnt und sind inbesondere für Familien ungeeignet.

   — Das Wohnumfeld ist vielfach wenig attraktiv. Schlecht gestaltete öffentliche und halböffentliche Räume (Straßenplätze, Parkeinrichtungen, ungepflegte Innenhöfe, unübersichtliche Hauseingänge, Korridore usw.) erschweren es den Bewohnern, sich mit ihren Siedlungen zu identifizieren.

   — Die infrastrukturellen Einrichtungen sind oft unvollständig oder unzureichend.

   — Unbebaute Grundstücke sind meist in einem schlechten Zustand.

   — Bauschäden aufgrund fehlerhafter Planung, schlechter Bauausführung oder unzureichender Instandhaltung sind überdurchschnittlich häufig festzustellen.

   — Treten mehrere dieser Probleme zusammen auf, kommt es zu einem Absinken des Erscheinungsbildes der Siedlung, sozialen Belastungen und zu daraus resultierendem Vandalismus.

5. Folge solcher Entwicklungen sind vermehrt Fortzüge, Schwierigkeiten bei der Nachvermietung und schließlich überdurchschnittliche Wohnungsleerstände. Sozial stärkere Haushalte nutzen die in vielen Städten inzwischen entstandene Wohnungsmarktlage und ziehen andere Angebote vor. Die so entstehende einseitige Zusammensetzung der Wohnbevölkerung wird durch die Belegungspraxis mancher Gemeinden noch gefördert. Hat eine große Wohnsiedlung

durch Häufung von Mängeln bereits einen schlechten Ruf, wird die Erhaltung oder Wiederherstellung einer ausgewogenen Mischung der Bevölkerung zusätzlich erschwert.

6. Im Hinblick auf die Bedeutung des Wohnungsbestandes in den Trabantensiedlungen ist im Interesse der Bewohner deswegen zu untersuchen, welche Mängel in diesen Siedlungen auftreten, wo ihre Ursachen liegen und wie sie behoben werden können.

II. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag einen städtebaulichen Bericht über Trabantenstädte und Großwohnsiedlungen zur Beratung vorzulegen. Sie soll darin die Erfahrungen darstellen, die mit dem Leben in solchen Siedlungen gemacht werden, über die Mängel der Trabantenstädte und deren Ursachen berichten und Lösungsansätze vorschlagen, die die städtebauliche Qualität dieser Siedlungen verbessern.

Bonn, den 16. September 1987

Dr.-Ing. Kansy
Frau Rönsch (Wiesbaden)
Dr. Daniels (Bonn)
Dörflinger
Niegel
Dr. Friedrich
Geis
Link (Frankfurt)
Magin
Dr. Möller
Oswald
Pesch
Ruf
Dr. Schroeder (Freiburg)
Seesing
Weiß (Kaiserslautern)
Sauer (Stuttgart)
Börnsen (Bönstrup)
Daweke
Frau Dempwolf
Eigen
Eylmann
Dr. Faltlhauser
Fischer (Hamburg)
Ganz (St. Wendel)
Günther
Harries
Haungs
Herkenrath
Kalisch
Kroll-Schlüter
Frau Limbach
Linsmeier
Maaß
Frau Männle
Müller (Wadern)
Müller (Wesseling)
Nelle
Regenspurger
Schemken
von Schmude
Freiherr von Schorlemer
Schulze (Berlin)
Dr. Schwörer
Dr. Stark (Nürtingen)
Frau Verhülsdonk
Dr. Voigt (Northeim)
Dr. Vondran
Wilz
Frau Dr. Wisniewski
Zierer
Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Grünbeck
Nolting
Zywietz
Frau Dr. Segall
Dr. Feldmann
Mischnick und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333